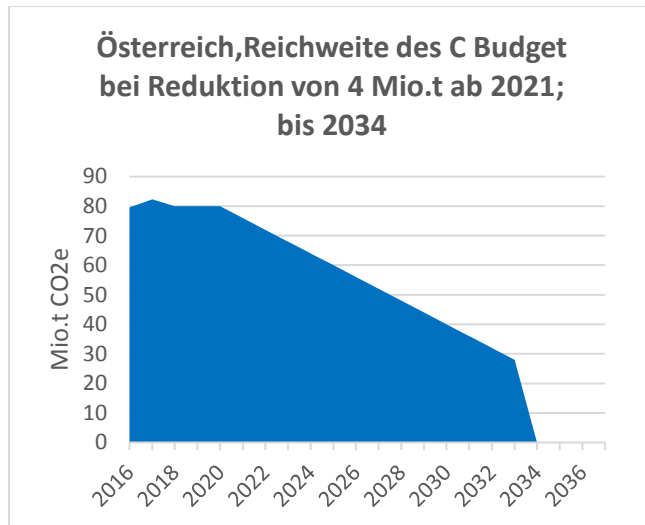


KLIMA 2019: Kohlenstoffbudget und Steuerreform über die Dringlichkeit des Handelns

Österreich hat das Klimaabkommen von Paris ratifiziert. Daraus folgt, dass Österreich das ihm zustehende Kohlenstoffbudget nicht überschreiten darf. Dieses Budget beträgt für die Periode 2017 bis 2050 knapp 1000 Mio.t. (Wegener Center, Das Treibhausgasbudget für Österreich. L. Meyer, K. Steiningger. 2017).

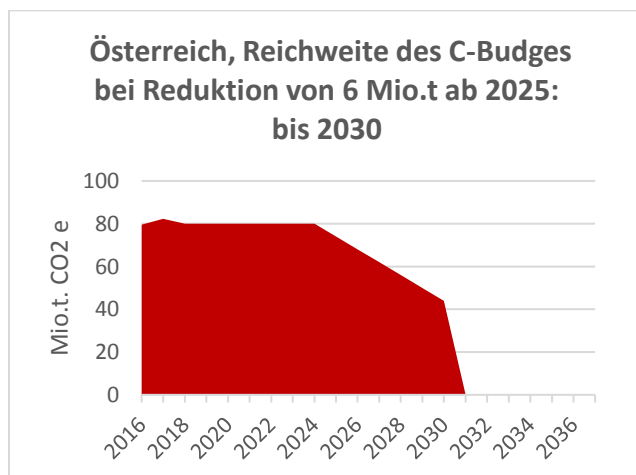
Um dieses Budget einzuhalten, muss Österreich binnen 20 Jahren ein neues Energiesystem, weitgehend ohne fossile Energien aufbauen. Die Dimension dieser Herausforderung wird oft ebenso unterschätzt wie die Dringlichkeit, sofort mit dem Umbau zu beginnen.

Zur Dringlichkeit der notwendigen Energietransformation



Die blaue Fläche markiert das C-Budget von 1000 Mio.t. Seit dem Paris Abkommen (2015) bewegen sich die Emissionen auf dem Niveau von 80 Mio.t. **Wenn die Emissionen jährlich ab 2020/21 um 4 Mio.t sinken**, reicht das Budget bis 2034. Ab 2035 sollte auf fossile Energien weitgehend verzichtet werden.

Um diese enorme Herausforderung zu meistern, muss 2019 eine CO₂ Abgabe kommen in Verbindung mit weiteren Maßnahmen und ein konsequenter Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle beginnen.



Die rote Fläche zeigt die Entwicklung, wenn erst 2025 ein ökosozialer Steuerumbau und weitere einschneidende Maßnahmen wirksam werden. Selbst wenn ab 2025 die Emissionen um 6 Mio.t. zurückgehen, reicht das Budget nur bis 2031 und ab 2032 müsste Österreich auf fossile Energien verzichten.

Das ist in so kurzer Zeit unmöglich. In diesem Fall wird Österreich das Paris Abkommen definitiv nicht einhalten und zu einer Erwärmung von weit über 2°C beitragen!

Schlussfolgerung: Die eben angekündigte Steuerreform verzichtet auf einen ökosozialen Steuerumbau in Verbindung mit einer CO₂ Abgabe. Das bedeutet: Österreich wird das Paris Abkommen nicht einhalten. So trägt Österreich dazu bei, dass die Temperaturen auf 3°C und mehr steigen mit unabsehbaren Folgen für die Zukunft, ganz abgesehen davon, dass Milliardenzahlungen drohen wegen Nichteinhaltung europarechtlicher Verpflichtungen.

KLIMASCHUTZ DURCH STEUERUMBAU!

Bitte unterschreiben Sie die Petition „für eine neue Klimapolitik“ siehe www.energypeace.at